Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 5 (1964)

Heft: 22

Artikel: Was ist eine Versöhnung mit China wert?

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076709

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sie ihm nun genehm gewesen oder nicht. So war Chruschtschews Stellung zu den «Neuerern» sehr zwiespältig: Bald begrüsste er ihre Initiative zur Förderung seiner Projekte, bald wünschte er sie in seiner polternden Redeweise zum Teufel, schickte sie etwa abwechslungsweise auf Propagandatournee ins Ausland und zur Selbstbesinnung nach Sibirien (Jewtuschenko).

Umgekehrt war Chruschtschews Verhältnis zum Parteiapparat keineswegs so negativ, wie man manchmal annehmen könnte. Gewiss, er handelte immer wieder über die Köpfe des Zentralkomitees hinweg, bildete Expertengruppen und löste sie wieder auf, liess die theoretisch zuständigen Gremien links liegen, wenn ihm Fachleute oder sein Schwiegersohn für seine Pläne günstiger schienen. Aber anderseits versuchte er gerade dadurch, dass er den Parteiapparat tüchtig lockerte und schüttelte, die KPdSU zu einem brauchbareren Instrument der Volkskontrolle zu machen. Seine Unterteilung der Parteiorganisationen nach Industrie und Landwirtschaft, die Einführung einer gemischten Aufsichtsbehörde von Staat und Partei im Herbst 1962, das alles hatte den Zweck, die Partei beweglicher und anpassungsfähiger zu machen, sie auf die modernen Formen der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur besser einwirken zu lassen. Nicht zuletzt hätte die fachliche Gliederung gestatten sollen, die Reformisten auf verschiedenen Gebieten besser auf Parteilinie zu halten, überhaupt die Bevölkerung intensiver zu indoktrinieren.

So einfach, dass Chruschtschew auf seiten der «Neuerer» gegen den Parteiapparat gestanden hätte, verliefen also die Fronten nicht. Es gab so tief gestaffelte Abschnitte, dass Opponenten zuweilen in die gleiche Richtung schossen, wobei die Uniformen vom offiziellen ideologischen Einheitszuschnitt in einem kommunistischen Staat nicht dazu angetan sind, die Uebersicht zu erleichtern.

Die Entscheidung steht aus

Natürlich ist es eine Streitfrage, ob bei der beabsichtigten Durchdringung des modernen Lebens durch die Partei nicht die Partei vom modernen Leben überwältigt werden könnte. Es muss letzten Endes davon abhängen, wie weit man die kommunistische Lehre mit der neuen Zeit vereinbar hält. Möglicherweise bestand einer der Fehler Chruschtschews darin, in dieser Hinsicht zu optimistisch gewesen zu sein.

Jedenfalls hat der Parteiapparat gebockt, sei es, dass er Chruschtschews Persönlichkeit überdrüssig war, sei es, dass er sich nicht ummodeln lassen wollte, neue Zeiten hin oder her.

Aber damit hat das Zentralkomitee weder über die personellen Aspekte seiner Führung, noch über seine interne Politik definitiv entschieden. Die Opposition gegen Chruschtschew vereinigte verschiedene Elemente. Die Ideologen fürchteten um den Fortbestand des Marxismus-Leninismus im guten alten Apparat, die Politiker um die kommunistische Weltbewegung. Daneben aber war auch der Flügel der «Reformer» unzufrieden, die im erratischen Weg der letzten elf Jahre wohl genügend Impulse erhielten, um Aenderungen zu wünschen, aber nicht genügend Möglichkeiten, sie in einer neuen Ordnung zu verwirklichen. Man vergesse nicht, dass Chruschtschew seinerzeit Malenkows Programm der bevorzugten Leichtindustrie bekämpfte, dass er 1956 die von Intellektuellen erhobene Forderung eines Zweiparteiensystems zurückzuweisen hatte, dass er 1963 eine eisige Frostperiode gegen aufbegehrende Künstler einführte.

Es ist noch nicht abzusehen, wie die personelle Führungsfrage geregelt werden wird, es sei denn, man wolle die Voraussage wagen, dass sich Mikojan (gegenwärtig Präsident) auf jeden Fall einen guten Posten sichern wird, wie er das seit Stalins Zeiten immer getan hat. Wahrscheinlich werden hier aussenpolitische Fragen (China!) von entscheidender Bedeutung sein. Um die internen Zeitfragen kommt man ebenfalls nicht herum. Es ist noch keineswegs gewiss, dass die jetzige Führung weiss, welchen Weg sie einschlagen will. Einerseits betont sie Disziplin und militante Systemtreue. Anderseits erreichen uns aus Moskau Meldungen, wie diese, dass eine Reihe von Leichtindustriefirmen nicht mehr nach Plan zu produzieren brauchen, sondern nach Lieferaufträgen, das heisst praktisch auf Grund der Nachfrage. Damit setzen die Ideen von Professor Libermann ihren Siegeszug fort, den sie in den letzten Monaten der «Chruschtschewtschina» angetreten hatten, propagiert von der «Iswestija» (unter der Redaktion von Chruschtschews Schwiegersohn Adschubei) und der «Prawda». Das Zentralkomitee aber hatte sich 1962 ungefähr in seiner jetzigen Zusammensetzung gegen die «zu kapitalistischen» Vorschläge Libermanns gewandt, worauf sie Chruschtschew anscheinend trotzdem unterstützte. Und jetzt geben die Behörden der Neuerung grünes Licht. Man wird weitersehen müssen. *-sti-*

Was ist eine Versöhnung mit China wert?

Unbeschadet darum, ob Chruschtschews Sturz vornehmlich wegen aussenpolitischen Gründen erfolgt ist oder nicht, hat er aussenpolitische Folgen. Der gestürzte Machthaber hat seinen Erben folgende Situation hinterlassen:

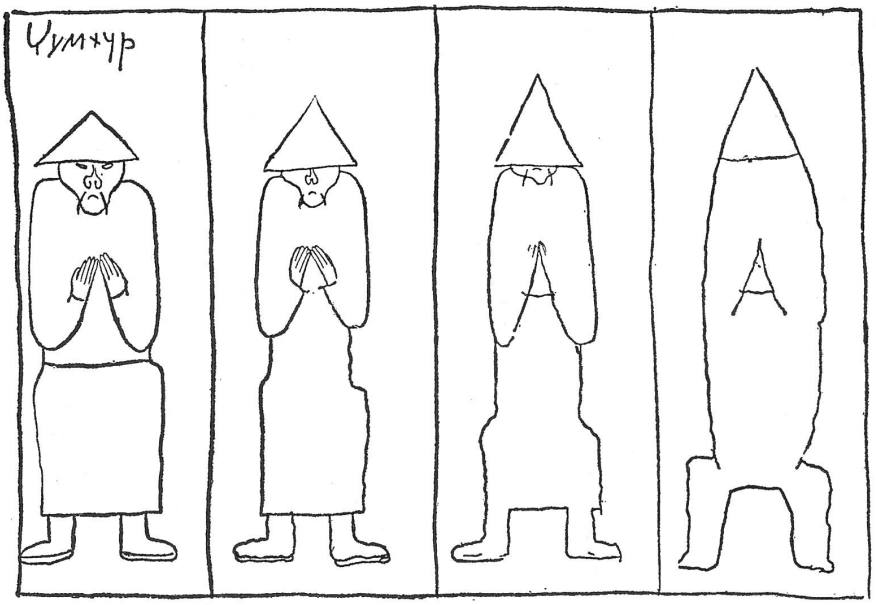
- **Einen Konflikt mit China, der zum Zeitpunkt seines Wegtretens unüberbrückbar schien.**
- **Zunehmende Selbständigkeitsregungen in den osteuropäischen Volksdemokratien.**
- **Aufkommenden «Polyzentrismus» in den westlichen kommunistischen Parteien, chinesische Konkurrenzgruppen zu fast sämtlichen KP's.**
- **Teuer bezahlten Einfluss in der dritten Welt gegen die billigere chinesische Propaganda.**
- **Koexistenz mit dem Westen.**

Es liegt auf der Hand, dass die Bilanz nicht befriedigend ist, wenn man sie vom Moskauer Standpunkt aus betrachtet. Die heutige und die allfällig andere morgige Führung wird daher versuchen, sie zu bessern. Die ersten Anhaltspunkte sind bereits gegeben: Moskau stellte die Polemik gegen Peking ein. Von der kommunistischen Weltkonferenz wird nicht mehr im Sinne eines Ketzergerichtes gesprochen, sondern lediglich im Sinne einer Beratung, welche die Einheit des kommunistischen Lagers fördern soll. Gleichzeitig versuchte der Kreml den Westen mit der Versicherung zu beruhigen, dass sich an der sowjetischen Politik nichts geändert habe. Das Problem China erhält somit Priorität, doch möchte man die Annäherung vorerst möglichst ohne zu grosse Versteifung an der Westfront durchführen, bis das neue Verhältnis zu Peking gefunden ist.

Die nächsten Anhaltspunkte aber gingen nicht von Moskau aus, sondern von Osteuropa und den kommunistischen Parteien im Westen. Hier ist fast durchwegs eine saure Reaktion auf den Sturz Chruschtschews festzustellen, je nach den Fällen mehr oder weniger deutlich ausgedrückt. Unterdessen hat allerdings Kadar nach einer abweichenden ersten Stellungsnahme die Gründe für den Wechsel im Kreml anerkannt, und zwischen einer polnischen und sowjetischen Delegation ist es laut Tass zur «völligen Uebereinstimmung» gekommen. Es scheint, dass die sichtbare Auflehnung in Osteuropa nicht zunimmt, sondern abnimmt. Von den westlichen kommunistischen Parteien besuchen Delegationen aus Italien und Frankreich Moskau, um sich Rechenschaft geben zu lassen. Die übrige Welt verhält sich vornehmlich abwartend.

Die ersten zwei Wochen nach Chruschtschew haben jedenfalls schon gezeigt, dass sich die Bilanz seiner Aussenpolitik nicht nur verbessern, sondern auch verschlechtern lässt. Die Kreml-Führer müssen erkennen, dass die Versöhnung mit China ihren Preis hat. Wenn sie überhaupt dauer-

Fortsetzung auf Seite 6



Mao Tse-tungs Bim Bam Bum. («Politika», Belgrad.)

haft zustande kommen kann. Die alte Frage könnte sich stellen, ob die Taube auf dem Dach oder der Spatz in der Hand besser sei.

China bleibt Rivale

An sich scheinen die Gewichte in diesem Dilemma zunächst sehr unterschiedlich verteilt zu sein. Der Riesennachbar China mit seinen 700 Millionen Einwohnern, zudem gerade eben zur Atommacht promoviert, müsste doch für die Sowjetunion verhältnismässig gewichtigter sein als etwa das posthum veröffentlichte Memorandum Togliattis. Ein Versöhnungsversuch scheint sich aufzudrängen. Unter Chruschtschew war der Streit mit Peking so weit gediehen, dass es keine mögliche Rückkehr mehr gab. Wie steht es damit, nun, da er gegangen ist?

Der sino-sowjetische Konflikt ist machtpolitisch bedingt. Diese Grundlage bleibt bestehen, unbeschadet darum, wer in welcher der beiden Grossmächte an der Spitze steht. Es gibt auf staatlicher Ebene territoriale Probleme, die zwar auf's Eis gelegt, aber nicht aus der Welt geschafft werden können. Es gibt auf Parteiebene die Frage der kommunistischen Führung in der Welt. Diese bleibt im gleichen Umfang bestehen, ob sie nun in Form offener Feindschaft ausgetragen werde oder nur in Form der Konkurrenz.

Chruschtschew war zwar ein sicheres Hindernis für eine zwischenstaatliche und zwischenparteiliche Versöhnung, aber seine Beseitigung dürfte die andern Hindernisse früher oder später um so deutlicher werden lassen. Ueberdies sind nicht einmal die personellen Probleme tatsächlich bereinigt. Wenn wirklich Partei-Ideologe Suslow der starke Mann der Moskauer Verschwörung sein soll (gegenwärtig wird er krank gemeldet, was viel- oder nichtssagend sein kann), dann kann er der KPCh so wenig genehm sein wie Chruschtschew. Er gab dem antichinesischen Bericht, das vom sowjetischen ZK-Plenum im Februar angenommen wurde, seinen Namen, und ist damit nicht nur mitbelastet, sondern ganz besonders belastet. Ueberdies fand der gehässige Briefwechsel zwischen den beiden verfeindeten Parteien (Herbst 1963 bis Sommer 1964) im Namen des gesamten Zentralkomitees statt. Davon zurücktreten, hiesse sich selber als Lügner darstellen.

Peking ist offensichtlich in der Lage, für seine künftige Mitarbeit Bedingungen zu stellen. Sein Einfluss in der Welt — und insbesondere in Asien — ist nicht auf die Solidarität mit Moskau angewiesen. Seine Selbständigkeit dokumentiert es bis zur Atombombe. Lohnend wäre allenfalls die Wiederherstellung einer Einheitsfront gegen den Westen, aber gerade hier hat China kein besonderes Interesse, sich von Grossbritannien, Frankreich, Italien und andern Ländern der «Zwischenzone» jene Aufbauhilfe zu verscherzen, die ihm der Konflikt mit der UdSSR zusätzlich eingebracht hat.

Vollständigkeitshalber: Wie steht es denn mit dem Wunsch nach kommunistischer Welteinheit? Welche Rolle dieses Bedürfnis auch immer spielen mag, es hat sich bisher noch stets in hierarchischer Form kundgetan, und gerade diese Form kommt für das künftige Verhältnis Sowjetunion-China nicht mehr in Frage.

Was als Grundlage für ein Zusammenstehen bleibt, ist die prosaische Einsicht, dass man sich selbst durch den Streit mehr schadet als nützt. Diese Einsicht war schon immer bei Moskau sowohl stärker als auch begründeter. Und darin liegt eine Quelle potentieller Demütigung, die auf die Dauer den gegenseitigen Beziehungen auch nicht förderlich sein kann.

Angst im Lager

Dass man in Osteuropa den Sturz Chruschtschews alles andere als willkommen geheissen hat, ist offensichtlich. Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei und sogar Pankow haben das sogar deutlich zu verstehen gegeben, wenn auch die beiden ersten unterdessen halbwegs zurückgekrebst sind. Die Gründe sind allesamt begreiflich, wenn auch nicht vollkommen identisch.

Die Parteiführung hat sich in Ungarn, in der CSSR und in Ostdeutschland so eng an die Person Chruschtschews gebunden, dass sie sich vollständig desavouiert sehen. Nach Stalins Tod waren immerhin drei Jahre bis zum 20. Parteikongress mit seiner Entstalinisierung gewesen. Aber während Chruschtschew ohne Dank aus der Politik ausscheidet, klingt der Bevölkerung der betreffenden Länder noch der Jubel in den Ohren, mit dem er auf seinen diesjährigen Reisen empfangen wurde, braucht man nicht weit zurückblättern, um die überschwenglichen Geburtstagswünsche der Parteiführer an Chruschtschew nachzulesen. Ueberdies hatte man mit solcher Ueberzeugungskraft betont, dass Uebergriffe, wie sie «zur Zeit des Personenkults» vorgekommen waren, endgültig vorbei seien.

Andere Länder — hier ist die SBZ und halbwegs die CSSR auszunehmen — hatten von der Aera Chruschtschew profitiert, um sich national zu emanzipieren. Hier hatte der Konflikt Moskau—Peking der Tendenz Vorschub geleistet, da er einen leicht erpresserischen Spielraum gewährte. Der Wechsel in Moskau ist also auch in dieser Hinsicht beunruhigend. Das gilt auch paradoxerweise für ein Land wie Rumänien, das mit Chruschtschew offensichtlich entzweit war und sich zwischen Peking und Moskau neutral verhielt. Denn die Neutralität war nur solange national ergiebig, als sich die beiden Grossmächte in den Haaren lagen. Manche Parteien Osteuropas fürchteten sich daher davor, dass sich die Sowjetunion entschlossen von China trennen würde, um sodann ihr europäisches Lager besser in die Hand zu nehmen. Aber nun ist eine andere Möglichkeit aufgetaucht, welche unter umgekehrten Umständen ähnliche Befürchtungen rechtfertigt.

Wie weit ist durch das Moskauer Ereignis die interne Liberalisierung in den jetzigen oder ehemaligen Satellitenstaaten gefährdet? Die erhöhte Unsicherheit kann sich jedenfalls in erhöhter Disziplin manifestieren, ganz unabhängig davon, ob sie von Moskau angeordnet wird oder nicht, und ganz unabhängig vom Grad, in welchem solche Anordnungen befolgt werden müssen. In der Tschechoslowakei hatte man bis jetzt die Situation, dass sich sowohl das noch stark stalinisierende Regime als auch die sehr aktive Reformbewegung auf Chruschtschew beriefen, um ihre Stellung zu stärken.

Alles in allem hat man den Eindruck, dass man in den europäischen Volksdemokratien zwar beunruhigt und verdrossen ist, aber doch nicht weiter aufbegehren wird. Das gilt übrigens nicht nur für die Parteispitze, sondern auch für ihre liberale mehr oder weniger deutliche Opposition, die vorläufig zum Regime halten könnte, um den nationalen Stand angesichts seiner möglichen Bedrohung zu stärken. *-gg-*